Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 30.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1630 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 210. **Donnerstag, 8. September 1921, abends.** **74. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postschalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 80 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Auf Blatt 583 des hiesigen Handelsregisters, die Firma **Sächsische Verschrottungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Riesa betr., ist heute eingetragen worden: Die bisherigen Geschäftsführer Direktor Paul Lottmann in Rudolstadt und Dr. jur. Fritz Krauße in Zehlendorf bei Berlin sind ausgeschieden. Zu Geschäftsführern sind bestellt: der Feuerwerksleutnant a. D. Richard Boden in Dresden und der Feuerwerkshauptmann a. D. Max Grübner in Dresden-Loschwitz. Die Vertretung der Gesellschaft steht jedem der Geschäftsführer selbständig zu.

Amtsgericht Riesa, den 7. September 1921.

Auf Blatt 442 des hiesigen Handelsregisters, die Firma **Taronia-Melassefutter Werke, Hestermann & Seele, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Gröba betr., ist heute eingetragen worden: Das Stammkapital ist durch Beschluß der Gesellschafter vom 12. Juli 1921 auf 280 000 Mk. erhöht worden.

Amtsgericht Riesa, den 8. September 1921.

Freibank Mehltheuer. Morgen Freitag Rindfleischverkauf. Pfund 7 Mark.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 8. September 1921.

—* **Konzert der Bäckermeister-Gesangvereine.** An dem gestrigen Konzert der Bäckermeister-Gesangvereine, das aus Anlaß ihres Sängertages bei Höpfners abgehalten wurde, beteiligten sich Bäcker-Gesangvereine von nah und fern. Da die Tendenz dieser Vereine nicht ausschließlich auf die künstlerische Pflege des Gesanges gerichtet ist und es sich nicht bei dieser Veranstaltung um einen Sängerwettstreit handeln kann, wie auch ein Dresdner Obermeister bemerkte, wollen ihre Aufführungen unter einem besonderen Gesichtspunkt betrachtet sein. Dazu kommt vor allem auch die Zusammensetzung der Sänger ausschließlich aus einem Berufskreise — eine seltene Erscheinung bei einer Innung! Sieht das nicht aus wie Eigenbrödelei? Nun, das ist's tatsächlich nicht, da diese Vereine ihre Entstehung der „Nachtzeit" verdanken, die die Bäcker zumeist abhielt, an den abendlichen Uebungsstunden anderer Gesangvereine teilzunehmen. — Die überaus zahlreiche Beteiligung (in Höpfners Saal war kaum ein Stuhl zu bekommen) zeigte nun, daß der Gesang auch hier sich als Bindemittel erweist, der selbst diese vollständig freie Vereinigung so zusammenhält. Unter Berücksichtigung der erwähnten Besonderheiten wurde im allgemeinen Erfreuliches zu Gehör gebracht. An allererster Stelle stand der B.-G.-V. Dresden aus sehr begreiflichen Gründen, da schon die Stimmenauswahl in der Großstadt eine ungleich größere ist als an anderen Orten. Vorzügliches leistete auch der B.-G.-V. Kötzschenbroda mit einem feinen Bariton als Solisten. Der B.-G.-V. Döbeln zeichnete sich besonders durch eine selten große Zahl von guten Tenören aus. Die schwerste Aufgabe hatte sich der B.-G.-V. Meißen mit Hegars „Morgen im Walde" gestellt. Erfreuliches leistete unser Riesaer B.-G.-V. mit Attenhofers „Des Schenken Haus". Unter der Leitung des Riesaer Liedermeisters kam auch der erste Massenchor mit 250—300 Sängern zu wirkungsvoller Geltung, was um so mehr anzuerkennen ist, da ja ein Zusammensingen seit Jahren nicht geübt werden konnte. Erwähnenswert sind noch die B.-G.-V. Freiberg und Deuben. Obermusikmeister Himmler spielte u. a. mit seiner Kapelle unter beifälliger Aufnahme den „Einzug der Gäste" aus dem Tannhäuser und Melodien aus dem Troubadour. Es.

—* **Die Gültigkeit des Notgeldes** hört für Sachsen mit dem 30. September 1921 auf. Die öffentlichen Kassen werden von diesem Zeitpunkte an das Notgeld nicht mehr annehmen. Nur die Ausgabestellen sind verpflichtet, das Geld noch bis zum 31. Dezember 1921 einzulösen.

—* **Die kommenden Portoerhöhungen.** Wie ein Dresdner Blatt erfährt, will die Reichspostverwaltung bei der neu angekündigten Tarifvorlage versuchen, die in diesem Jahre eingeführte Ortstaxe für Briefsendungen zu beseitigen, weil die Ortsbriefe angeblich die gleiche Arbeit wie Fernbriefe forderten. Der Brief soll bis 20 Gramm 1 Mark, ein Doppelbrief 1,50 Mark, eine Postkarte 50 Pfg., eine einfache Drucksache 20 Pfg. kosten. — Daß ein Ortsbrief dieselben Kosten verursacht wie ein Fernbrief, wird wohl selbst im Reichspostministerium niemand glauben. Jedenfalls außerhalb des Reichspostministeriums bestimmt niemand.

—* **Neue Tariferhöhung im Verkehrswesen.** Aus dem Reichsverkehrsministerium wird mitgeteilt: Die nötig gewordene Heraufsetzung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter, sowie die Preissteigerung wichtiger Bau- und Betriebsstoffe verursacht einen Mehraufwand, der auf rund sieben Milliarden Mark zu schätzen ist. Zur Deckung dieser Mehrausgaben müssen sofort Maßnahmen ergriffen werden. Ein Ausgleich durch Sparmaßnahmen ist nur in geringem Umfange möglich. Es muß daher eine Steigerung der Einnahmen und eine Tariferhöhung im Güter- und Personenverkehr erstrebt werden, die durchschnittlich 30 Prozent betragen soll. Die neuen Tarife sollen womöglich im Güterverkehr ab 1. November d. J. und im Personenverkehr ab 1. Dezember d. J. Geltung erhalten.

—* **Minister Buck in einer sozialistischen Versammlung in Chemnitz.** Ministerpräsident Buck erschien in einer Funktionärversammlung der Chemnitzer Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Unabhängigen sozialdemokratischen Partei und Kommunistischen Partei Deutschlands, die über ein gemeinschaftliches Vorgehen der Arbeiterorganisationen von Chemnitz anläßlich der Beerdigung des bei den Unruhen am Sedantag erschossenen Arbeiters Garreis beraten sollte. Buck verteidigte den Chemnitzer Polizeidirektor, der völlig korrekt gehandelt habe, und versuchte im übrigen die aufgeregten Gemüter zu beruhigen. Auf kommunistische Anfragen wegen Freilassung der politischen Gefangenen erklärte der Ministerpräsident, Gefangene aus Anlaß des Kapp-Putsches seien freigelassen worden. Im übrigen möchte er den „kommunistischen Herren" sagen, so berichtet ein kommunistisches Organ selbst, daß, soweit Brutalitäten und Gewaltakte begangen worden seien, die dem menschlichen Naturell nicht entsprechen, er niemals für eine Freilassung eintreten würde. „Versetzen Sie uns nicht in die Notwendigkeit", fuhr der Präsident, zu den Kommunisten gewandt, fort, „die Ausnahmebestimmungen nach der Verordnung des Reichspräsidenten gegen Sie anzuwenden." Er werde nie dafür zu haben sein, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei in ihrer verfassungsmäßig gewährleisteten freien Meinungsäußerung zu behindern. — Das ist eine Absage an die kommunistische Regierungspartei, die vielleicht nicht ohne politische Folgen bleiben wird.

—* **Fellisch gegen Buck und die Reichsregierung.** In einem Artikel in der „Volksstimme" in Chemnitz, der die Ueberschrift „Keine Parteien-Eifersucht" trägt, und der dem sächsischen Wirtschaftsminister Fellisch zum Verfasser hat, wird ausgeführt, daß sich die bekannten Ausnahmebestimmungen der Reichsregierung zum Schutze der öffentlichen Ordnung nur auf die Presse der Rechtsparteien beziehen können und die linksstehenden Blätter selbstverständlich nicht unter diese Verordnung fallen. Mit dieser Auffassung stellt sich nun aber Fellisch in Gegensatz zur Reichsregierung und zum sächsischen Ministerpräsidenten Buck, die der Auffassung sind, daß diese Ausnahmebestimmungen für alle die Blätter Geltung haben müssen, die die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden und zur Beseitigung der Verfassung mit Gewalt auffordern.

—* **Der Saatenstand im Freistaat Sachsen** Anfang September 1921 betrug, wenn 1 sehr gut, 2 gut, 3 mittel (durchschnittlich), 4 gering, 5 sehr gering bedeutet, bei Hafer 2,3 gegen 2,6 Anfang September 1920 und gegen 2,4 Anfang August 1921, Kartoffeln 3,1 (2,6 bezw. 3,0), Runkelrüben 3,0 (0,0 bezw. 2,8), Zuckerrüben zur Zuckerfabrikation 2,9 (2,8 bezw. 2,8), Klee, auch mit Beimischung von Gräsern 3,5 (2,3 bezw. 3,2), Luzerne 3,0 (2,7 bezw. 2,9), Be-(Ent-)wässerungswiesen 3,1 (2,2 bezw. 2,8), andere Wiesen 3,9 (2,5 bezw. 3,6). Bemerkungen: Die seit Wochen andauernde beängstigende Trockenheit wurde am 12. bis 15. August durch ergiebige Niederschläge wohltuend unterbrochen. Das Wachstum der noch außenstehenden Feldfrüchte ist dadurch, soweit diese nicht schon durch die Trockenheit zum Absterben gekommen waren, zu neuem Leben erwacht. Obwohl in kurzer Zeit sehr reichliche Regenmengen gefallen sind, ist doch das Erdreich durch Wind und Sonne wieder so ausgetrocknet, daß weitere Niederschläge für das Gedeihen der Hackfrüchte und Futterpflanzen und für die Vorarbeiten der Bestellung der Wintersaaten sehr erwünscht wären. Die Ernte der Halmfrüchte ist in der Hauptsache beendet und in vorzüglicher Güte eingebracht worden. Auch der Ertrag scheint bei Winterhalmfrüchten mit geringen Ausnahmen zu befriedigen, während bei Sommerhalmfrüchten die Trockenheit etwas von Einfluß gewesen ist. Besonders wird das Gewicht der Körner des auf sandigen und leichten Boden geernteten Hafers als ziemlich leicht bezeichnet, weil hier die Trockenheit vielfach zur Notreife getrieben hat. Die Kartoffeln haben gleichfalls unter der Dürre sehr gelitten; das Kraut der frühen und mittelfrühen Sorten ist zeitig abgestorben, sodaß der sonst reichliche Anhang zumeist nur kleine Knollen aufweist. Den späteren Sorten scheint der Regen noch etwas genützt zu haben, wenigstens hat sich das Kraut zum Teil noch grün erhalten. Es zeigt sich aber bei letzteren mitunter etwas Zweiwuchs, inwieweit dieser die Güte und den Ertrag beeinflussen wird, läßt sich nicht bestimmen. Die Rüben haben nach dem Regen etwas frischeres Aussehen bekommen, sie und die Kartoffeln werden aber durch die Engerlinge etwas heimgesucht. Am ungünstigsten war die lange Trockenheit für die Futterpflanzen. Die Wiesen haben nur einen schwachen Grummetertrag ergeben, stellenweise können sie nur abgehütet werden. Hie und da mußte auch ein Teil des zweiten Schnittes der Wiesen als Ersatz für den mangelhaft gewachsenen Klee grün verfüttert werden. Das Herbstfutter ist lückenhaft aufgegangen und wächst nicht von der Stelle, so daß sich der Mangel an Grünfutter immer fühlbarer macht und schon zu den Wintervorräten gegriffen werden muß. Mäuse machen sich in mehreren Bezirken wieder recht bemerkbar und auch an Hamstern scheint es nicht zu fehlen. — Einige Gemarkungen sind von Hagelschlag betroffen worden; durch ihn sind an dem noch nicht geernteten gewesenen Hafer Körnerverluste entstanden. — Infolge des Landarbeiterstreiks sind im Leipziger Bezirke durch Ueberständigkeit des Getreides viele Körner ausgefallen. Der Verlust wird vom Berichterstatter auf 3,5 bis 4 dz auf den Hektar geschätzt.

—* **Neue große Spende für das Oberschlesier-Hilfswerk.** Die Deutsche Ammonial-Verkaufsvereinigung G. m. b. H., Bochum, hat in hochherziger Weise für das Oberschlesier-Hilfswerk den Betrag von 500 000 Mark gespendet.

—* **Verbotene Versammlung einer Jugendgruppe.** Unter Bezugnahme auf die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 ist vom Polizeidirektor in Chemnitz eine geschlossene Versammlung der Jugendgruppe der Deutschen Volkspartei verboten worden, in der ein Lichtbildvortrag über den Versailler Friedensvertrag vorgesehen war und die als Abschiedsfeier für den seitherigen Vorsitzenden der Gruppe gedacht war. Selbstverständlich ist über dieses Versammlungsverbot das letzte Wort noch nicht gesprochen.

—* **16. Bundestag Deutscher Mietervereine.** In der nichtöffentlichen Schlußtagung des Mietertages am Montag wurden Organisationsfragen erledigt. Vorsitzende bleiben Oberpostsekretär Herrmann und Rechtsanwalt Groß, Dresden. Nächster Tagungsort wird Kassel sein. Auf die Reichsgesetzgebung wird der Gesamtbund, auf die Landesgesetzgebung werden die Land- und Provinzialverbände, auf die örtlichen Stellen, besonders auf die Mieteinigungsämter, werden die örtlichen Vereine mit Entschiedenheit hinzuwirken haben. Der Tagespresse muß besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Mit großer Einmütigkeit wurden die folgenden Entschließungen angenommen: 1. Es ist ein Reichsgesetz zu erlassen, das das bisherige Mieterschutz-, Pächterschutz- und Wohnungsmangelrecht einheitlich von Reichs wegen übersichtlich, klar und einfach, endgültig dauernd regelt. Dieses Gesetz soll anwendbar sein auf alle Rechtsverhältnisse, kraft deren jemand einem anderen die Benutzung von Grundstücken oder Grundstücksteilen zu gewähren hat, z. B. Miet- und Pachtverhältnisse, Arbeitsverhältnisse privaten und öffentlichen Rechts. Ausnahmen für öffentliche Körperschaften oder Neubauten sind nicht zuzulassen. Der Inhalt dieses Gesetzes muß zwingenden Rechts sein. 2. Der Bundestag Deutscher Mietervereine stellt fest, daß die Entwicklung der Verhältnisse im Wohnungswesen seiner Forderung auf Sozialisierung recht gegeben hat. Er fordert wiederholt von den Regierungen und den gesetzgebenden Körperschaften, daß sie unverzüglich ein Gesetz schaffen, das die Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen verwirklicht und in dem dazu öffentliche Körperschaften errichtet werden, welche die Bewirtschaftung der bebauten Grundstücke und die Regelung der Neubautätigkeit, schließlich die Durchführung der gesamten Wohnungs- und Siedlungspolitik übernehmen. Bis zur endgültigen Regelung durch die Gemeinwirtschaft fordern wir, daß jedes Gesetz, gleichgültig, auf welchem Gebiete es ergeht, unter dem Gesichtspunkte dieser Sozialisierung erlassen wird. Wir fordern deshalb, daß der Friedenswert der Grundstücke nicht durch Belastung mit Goldwerthypotheken, ähnlichen steuerlichen oder sonstigen Maßnahmen angetastet wird und daß der Wucher bei Baustofferzeugung und Baustoffhandel mit aller Entschiedenheit unterbunden wird. 3. Bei Erfüllung dieser Forderungen erklärt sich die im Bunde Deutscher Mietervereine organisierte Mieterschaft Deutschlands bereit, auch bei der Aufbringung der Mittel zum Neubau mitzuwirken und eine im Interesse des Gemeinwohls notwendige und zielgerecht verteilte Belastung zu übernehmen. — Besondere ergänzende Richtlinien sollen den maßgebenden Behörden und gesetzgebenden Körperschaften zur Berücksichtigung umgehend vorgelegt werden. Darauf wurde mit den üblichen Schlußansprachen die Kundgebung der Mieter geschlossen.

Mügeln b. Oschatz. Wie gemeldet wird, haben sich die Landwirte des Mügelner Bezirkes bereit erklärt, zur Behebung der Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung mit Weizenmehl ein Viertel der Brotgetreideumlage in Weizen zu leisten. Desgleichen haben die Mügelner Landwirte Schritte in die Wege geleitet, um die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Kartoffeln sicher zu stellen.

Dresden. Die Dresdner Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands hat in ihrer Mitgliederversammlung den Uebertritt zur Kommunistischen Partei Deutschlands beschlossen. Die Plauener Ortsgruppe der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands hat sich aufgelöst.

Bischofswerda. Großfeuer äscherte in Goldbach die Marschnersche Grund-Mühle samt Wohnhaus, drei Wirtschaftsgebäude und Sägemühle ein. Gewaltige Holzvorräte, Bretterlager und Erntevorräte wurden vernichtet.

Gelenau. In einem Düngerhaufen auf dem Schüllerschen Grundstück in Venusberg wurde ein Otternest mit über hundert Eiern aufgestöbert. Da eine Otter in der Regel nur 5—15 Eier legt, muß der Platz einer ganzen Otternfamilie als Unterschlupf gedient haben. Sämtliche Eier enthielten lebensfähige Ottern.

* **Bautzen.** Ein starkes Auftreten der Influenza ist hier und in der Umgegend zu beobachten. Die Krankheit verläuft meist in schwererer Form und nimmt die Kranken außerordentlich mit, sodaß sich die Genesung sehr in die Länge zieht. Die Erkrankungen zeigen vorwiegend eine kombinierte Form, indem die katarrhalischen Symptome der Influenza rechtzeitig in Verbindung mit gastrischen und nervösen Erscheinungen auftreten, die sich namentlich in sehr empfindlichen Gliederschmerzen, Herzaffektionen, Magenkrämpfen usw. bemerkbar machen. Eine starke nervöse Disposition bleibt noch lange Zeit zurück, und von verschiedenen Seiten wird geklagt, daß selbst kräftige Kranke sich auch nach Wochen noch nicht wieder richtig erholt haben.

Leipzig. In einer starkbesuchten öffentlichen Versammlung des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes führte der Gauvorsteher Miltzow aus, daß man im Herbst und Winter mit einer 40- bis 50prozentigen Verteuerung der Lebenshaltung rechnen müsse. Große Bewegung löste ein vom Redner im Auszug verlesener Artikel der „Deutschen Arbeitgeberzeitung" aus, der sich mit angeblich während des Krieges massenweise vorgekommenen Diebstählen und Betrügereien der Angestellten und mit dem angeblichen „fröhlichen Prasserleben" der Angestellten beschäftigt und scharfe Zurückweisung seitens des Redners und in der darauf angenommenen Entschließung erfuhr. In der Entschließung heißt es u. a.: „Wenn die kaufmännischen Angestellten nicht ganz dem Elend preisgegeben werden sollen, dann muß schnell und gründlich geholfen werden. Die versammelten kaufmännischen Angestellten betonen mit Nachdruck, daß sie sich unter allen Umständen als gleichberechtigter, mitschaffender und mitverantwortlicher Faktor an der Neuregelung der deutschen Wirtschaft betrachten. Sie werden es sich unter keinen Umständen gefallen lassen, daß sie zu billigen und nebensächlichen, lediglich der Profitsucht unsozialer Arbeitgeber dienenden Werkzeugen herabgewürdigt